

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 2' 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Rainer Offergeld MdB,
Bundesminister für wirt-
schaftliche Zusammenar-
beit, unterstreicht, daß
Entwicklungspolitik keine
Schönwetterpolitik ist:
Solidarität bejaht.

Seite 1

Peter von Oertzen MdL ap-
pelliert an die gemeinsame
Verantwortung aller Demo-
kraten: Dem Rechtsextre-
mismus entgegenzutreten.

Seite 3

Nils Diederich MdB for-
dert aufgabenorientierte
Berlin-Politik statt
billiger Larmoyanz: Die
Kraftmeierei des Herrn
Hackel.

Seite 4

Heinz Menzel MdB würdigt
das Verantwortungsbewußt-
sein der Lufthansa-Oberen:
Die tiefe Sorge der Lei-
tenden.

Seite 5

Dokumentation

Stellungnahme der Kommis-
sion Sicherheitspolitik
beim SPD-Vorstand zum
Themenbereich "Bundes-
wehr - Gesellschaft -
Tradition".

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8'12-1

37. Jahrgang / 15

22. Januar 1982

Solidarität bejaht

Entwicklungspolitik ist keine Schönwetterpolitik

Von Rainer Offergeld MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Vergleich zu dem Hunger, dem Unrecht und dem Elend in
vielen Teilen der Welt erscheinen die Probleme, vor denen
wir im eigenen Land stehen, relativ geringfügig. Dort
draußen geht es um Leben und Tod. Bei uns geht es um
Einkommen und Auskommen.

Das wissen auch die Bürger unseres Landes. Denn bei der
jüngsten Meinungsumfrage vor einigen Wochen sprachen sich
67 Prozent aller Befragten für Entwicklungspolitik aus,
nur 20 Prozent dagegen. Die Zustimmung zur Entwick-
lungspolitik ist damit in den letzten Jahren nahezu gleich ge-
blieben. Das zeigt, daß Entwicklungspolitik auch für die
Bürger nicht nur Schönwetterpolitik ist.

Die Solidarität mit den Schwachen und Hungernden muß über
nationale Grenzen hinaus reichen. Nach dem zweiten Welt-
krieg haben wir selbst ausländische Hilfe erhalten. Heute
sind wir als einer der wirtschaftlich stärksten und
reichsten Staaten der Welt moralisch und humanitär ver-
pflichtet, den Menschen in der Dritten Welt zu helfen.

Entwicklungspolitik ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen
Vernunft. Die Bundesrepublik Deutschland ist wirtschaftlich
eng mit den Entwicklungsländern verflochten: fast 20 Pro-
zent unserer Exporte gehen in die Entwicklungsländer, rund
24 Prozent unserer Importe stammen aus Entwicklungsländern.

Freiwilliger Umsatz
mit dem alten Rohstoff
Recycling-Papier



Unser Handel mit der Dritten Welt ist heute schon über vier Mal so groß wie unser Handel mit den Staatshandelsländern. Über eine Million Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland werden durch Exporte in Entwicklungsländern gesichert. Es ist deshalb auch für uns wichtig, daß die Dritte Welt nicht von Erschütterungen und Konflikten bedroht ist. Die ökonomische Entwicklung der Industrieländer und die der Entwicklungsländer sind unlösbar miteinander verbunden.

Die Ausgaben des Entwicklungsetats (Einzelplan 23) erreichen 1982 erstmals mehr als sechs Milliarden DM. Das Volumen des Einzelplans 23 wurde in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Das zeigt die Bedeutung der Entwicklungspolitik für Regierung und Parlament. Die für dieses Jahr vorgesehene Steigerungsrate von 3,2 Prozent kann Entwicklungspolitiker nicht voll befriedigen. Dennoch: wir steigern unsere Hilfe weiter, während andere Geber ihre Hilfe einschränken. Der Kurs der Bundesregierung ist klar: Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt wird weiter ausgebaut.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren den Anteil ihrer Zusagen für die ärmsten Länder deutlich gesteigert. Damit liegt die Bundesrepublik Deutschland höher als die meisten anderen Geberländer. Die ärmsten und ärmeren Länder (unter 370 Dollar BSP pro Kopf) erhalten 1982 über 50 Prozent unserer bilateralen Zusagen. Diese Konzentration ist richtig, denn Ländern, die kaum Zugang zum internationalen Kapitalmarkt haben, muß vor allem durch öffentliche Entwicklungshilfe geholfen werden.

Die Bundesregierung setzt die in den entwicklungspolitischen Grundlinien festgelegten Prioritäten beharrlich um:

- Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung, um den Hunger und die Landflucht zu bekämpfen,
- Förderung konventioneller und nichterschöpflicher Energiequellen, um die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom importierten Öl zu verringern,
- Schutz der natürlichen Ressourcen in der Dritten Welt, um die zunehmende Erosion und Wüstenbildung aufzuhalten.

Nicht die Größe eines Projektes, sondern seine ökonomischen und seine sozialen Auswirkungen, sein Nutzen für die Menschen sind entscheidend. Die Summe all dessen, was in einem Land geschieht, die richtige Kombination aus großen und kleinen Projekten entscheiden über Erfolge. Eine Straße, eine Eisenbahnlinie oder ein Staudamm sind die Basis für jede ökonomische Entwicklung. Genauso wichtig sind aber auch die Ausbildung eines Landwirts oder der Bau einer kleinen Gesundheitsstation. Allein im Jahre 1981 hat das MBZ die Arbeit der gesellschaftlichen Gruppen (Kirchen, politische Stiftungen, viele andere private Organisationen) mit 364 Millionen DM unterstützt. Damit haben wir insgesamt 1.831 Projekte dieser Gruppe gefördert - Projekte, die größtenteils als sogenannte "Graswurzelprojekte" gelobt werden.

Entwicklungspolitik hilft Spannungen in der Welt abbauen. Entwicklungspolitik ist eine wesentliche Säule der deutschen Friedenspolitik. Sicherheit und Stabilität hängen nicht allein vom militärischen Gleichgewicht ab, sondern auch von der Lösung der Nord-Süd-Probleme.

Angesichts der gewaltigen Entwicklungsaufgaben in der Dritten Welt bieten nur beharrliche und stetige Anstrengungen und vertrauensvolle Zusammenarbeit Aussicht auf Erfolg. Bei der Konferenz in Cancun hat sich gezeigt, daß es möglich ist, im offenen Gespräch voneinander zu lernen und die Probleme des Partners zu verstehen. Wir müssen weitere Fortschritte erreichen.

(-/22.1.1982/hi/ca)



Dem Rechtsextremismus entgegenwirken

Die gemeinsame Verantwortung aller Demokraten muß deutlicher werden

Von Prof. Dr. Peter von Dertzen MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes

Der Rechtsextremismus ist in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Verstärkte terroristische Aktivitäten bilden eine wachsende Sorge für Verfassungsschutz, Polizei und Justiz. Das Wiederauftauchen rechtsextremistischer oder direkt neonazistischer Symbole, Schlagworte und Ideen unter Jugendlichen beunruhigt sowohl Pädagogen als auch Politiker und darüber hinaus bringt die schwierige wirtschaftliche Lage offensichtlich mancherlei bisher verdeckte ausländergefeindliche Regungen und rechtsextremistische Tendenzen an die Oberfläche des politischen Bewußtseins.

In dieser Situation schien es der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen notwendig, an alle politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Kräfte unseres Landes zu appellieren und sie zu gemeinsamer - kritischer und falls erforderlich selbstkritischer - Prüfung des Problems und womöglich zum aktiven gemeinsamen Handeln aufzufordern.

Diesem Zweck dient die von der SPD-Fraktion veranstaltete Anhörung. Die Kirchen und Religionsgesellschaften (verständlicherweise ganz besonders die Jüdische Gemeinde), Gewerkschafter und Vertreter der Jugend, Pädagogen und Wissenschaftler, die Landesregierung und Repräsentanten der Parteien werden sich von ihrem jeweiligen Standort aus in kurzen Beiträgen zu den religiösen, moralischen, rechtlichen, pädagogischen, wirtschaftlich-sozialen und politischen Aspekten des Rechtsextremismus äußern. Sich kritischen Nachfragen stellen und miteinander diskutieren. Ziel ist, jenseits aller weltanschaulichen oder parteipolitischen Gegensätze, die Probleme genau zu bestimmen und die gemeinsame Verantwortung aller Demokraten deutlicher hervortreten zu lassen. Der Rechtsextremismus ist unzweifelhaft eine in vielen Ländern verbreitete Erscheinung. Aber angesichts der jüngsten deutschen Geschichte ist das deutsche Volk in ganz besonderer Weise verpflichtet, darauf zu achten und dafür zu sorgen, daß die Schrecken der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

(-/22.1.1982/hi/oa)

+ + +



Die Kraftmeierei des Herrn Hackel

Statt aufgabenorientierter Berlin-Politik billige Larmoyanz

Von Prof. Dr. Nils Diederich MdB

Obmann der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten

Die Sicherung der Lebensfähigkeit Berlins bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Kräfte in Berlin und Bonn. Aus gutem Grunde sind in der Vergangenheit bei allen Meinungsverschiedenheiten die Vertreter der Berliner Parteien in Bonn gemeinsam aufgetreten, vor allem, wenn es um die Regelung spezieller Berliner Wünsche geht. Am Mittwoch hat nun Herr Hackel, Berliner CDU-Bundestagsabgeordneter, es für richtig gehalten, im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 60, in dem auch die Berlinhilfe des Bundes für den Berliner Haushalt enthalten ist, eine Brandrede zu halten. Herr Hackel versuchte, mit der ihm eigenen Berlin-Larmoyanz den Eindruck zu erwecken, als sei die Bundesregierung dabei, Berlin finanziell zu erdrosseln.

Es ist jedoch wenig glaubwürdig, wenn einerseits mit großer Kraftmeierei so getan wird, als ob der jetzige CDU-Senat erstmals dabei sei, die Lebensfähigkeit Berlins mit Zauberformeln zu sichern, und andererseits die bekannte Subventionsmentalität beschworen wird, wonach jede Mark, die Berlin nicht zugeschossen wird, den Zusammenbruch herbeiführen müsse.

Herr Hackel wird mit seiner Methode keinen Köter unter der Heizung hervorlocken. Es muß immer möglich sein, unterschiedliche Vorstellungen über die Größenordnung der Berlinhilfe sachlich zu diskutieren. Dies geschieht in den zuständigen Ausschüssen. Sozialdemokraten haben gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner FDP und im Zusammenwirken mit dem Berliner Senat Kompromisse erreicht, die die Interessen Berlins angemessen berücksichtigen. Dies hat der Berliner Finanzsenator ausdrücklich bescheinigt. In diesem Zusammenhang ist es höchst bemerkenswert, daß Herr Hackel und seine Berliner CDU-Kollegen dem Einzelplan 60, in dem die Berlinhilfe festgelegt wird, abgelehnt haben.

Herr Hackel sollte statt seiner Jeremiaden besser erklären, wann der Berliner Senat und die ihn tragende CDU endlich fähig wird, mit den anderen Berliner gesellschaftlichen Kräften in wichtigen, gesetzgeberischen Fragen einen Konsens herzustellen.

Aus gutem Grunde sind die Berliner Parteien in Bonn immer möglichst gemeinsam aufgetreten, vor allem, wenn es um die Regelung von Wünschen ging, mit denen der besonderen Situation Berlins Rechnung getragen werden sollte. Der Bundestag ist noch immer auf berechnete Anliegen Berlins eingegangen, wenn der Berliner Senat Entwürfe vorlegen konnte, die vom Konsens der Parteien und der Organe der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber getragen wurden. Die CDU meint aber offenbar, daß die Darstellung der Berliner im Bundestag mehr und mehr unter den Gesichtspunkten einer Propagandaveranstaltung erfolgen sollte. Es wäre jedoch besser, wenn der Senat sich darum bemühen würde, die anhängigen Gesetzgebungswünsche Berlins im Sinne eines Konsenses aller Parteien zu bewerkstelligen. Dies gilt insbesondere für die Verlängerung der Mietpreisbindung im Altbau, aber auch für die anstehende Novelle zum Berlinförderungsgesetz.

Die Hoffnung, daß nicht ausgeräumte Differenzen der Berliner Parteien in Bonn beseitigt werden könnten, ist trügerisch. Sozialdemokraten werden in Bonn nicht gesetzgeberisch Regelungen zustimmen können, die in Berlin nicht einmal vom Deutschen Gewerkschaftsbund akzeptiert werden.

Hier sollte Herr Hackel seine vornehmliche Aufgabe sehen. Zu seiner Plenumsrede kann man nur sagen: "Si tacuisses..."
(-/22.1.1982/h1/ca)



Die tiefe Sorge der Leitenden

Das überwältigende Verantwortungsbewußtsein für die Lufthansa gibt zu denken

Von Heinz Menzel MdB

Stellvertretendes Mitglied des Arbeits- und Sozialausschusses des Deutschen Bundestages

Tiefste Sorge um das "Odium" ihres Unternehmens hat sie umgetrieben, die Herren in den leitenden Positionen bei dem bundesdeutschen Luftfahrtunternehmen, das stolz die Schwinge am Leitwerk trägt, als sie, in elegantes Kammgarn gehüllt, ihrer Verantwortung voll bewußt, ihre Sorgen wegen der in Rede stehenden personellen Lösung für den Sessel des Vorstandsvorsitzenden zum Ausdruck brachten.

Als eine Zumutung würden sie es empfinden, von einem Mann geführt zu werden, der seine beruflichen Erfahrungen in einer politischen Laufbahn erworben hat. So haben sie es auf allerfeinstem Leinen die Aufsichtsratsmitglieder wissen lassen. Man kann sich richtig vorstellen, wie diese Herren, die Gesichter in Falten gelegt, ihre Sorge zu Papier brachten, die internationale Anerkennung ihres Unternehmens werde in Frage gestellt, seine Position im weltweiten Wettbewerb geschwächt.

Kein Wohlmeinender wird angesichts solch überwältigenden Verantwortungsbewußtseins daran denken, ob etwa die Sorge eine Rolle gespielt hat, die sicher in Senatorlogenstil eingerichteten Arbeitszimmer könnten wohlmöglich gründlich durchlüftet werden.

Wie weich müssen die Sessel dort sein und wie weltentrückt mögen diese Herren leben? Ist in der freien Wirtschaft je ein Arbeitnehmer gefragt worden, ob ihm wohl ein ins Auge gefaßter künftiger Vorstandsvorsitzender genehm wäre?

Ein Schelm, dem dabei einfällt, die Herren Leitenden hätten wohl gern einen aus ihren Reihen auf dem obersten Thron gesehen. Frischer Wind in den Amtszimmern wäre dann ja nicht zu befürchten, und so mancher hätte die Möglichkeit, sich nach oben zu verändern - ganz im Sinne des freien Wettbewerbs und des internationalen Ansehens...

(-/22.1.1982/ks/ca)

+ + +



Dokumentation

Zum Themenbereich "Bundeswehr - Gesellschaft - Tradition" hat die Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand unter Vorsitz von Hans Koschnick folgende Stellungnahme erarbeitet:

Ja zu Streitkräften, internationaler Verständigung und Abrüstung

I. Frieden ist eine Grundbedingung unseres Lebens. Doch der Wille zum Frieden allein reicht nicht aus. Der Frieden muß möglich gemacht und er muß geschützt werden. Die Politik der Friedenssicherung schließt militärische Vorkehrungen zur Kriegsverhütung ein. Die SPD hat deshalb neben der Forderung nach internationaler Verständigung und Abrüstung stets auf die Bedeutung der Streitkräfte und ihrer Rolle für den Staat hingewiesen.

Schon in ihrem Erfurter Programm (1891) forderte die SPD in diesem Zusammenhang: "Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehren anstelle der stehenden Heere, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege."

Das Volksheer der Allgemeinen Wehrpflicht und die politisch-parlamentarische Verantwortlichkeit sollten und sollen die Streitkräfte des Landes mit dem Willen seiner Bevölkerung zum Frieden verbinden.

Die Verteidigung der Freiheit und die Verhütung des Krieges heute sieht die Sozialdemokratie als Voraussetzung einer künftigen überstaatlichen Friedensordnung.

Im Godesberger Programm von 1959 heißt es: "Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung."

Der Abschnitt über Landesverteidigung endet mit der Perspektive: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird."

Zwischen diesen beiden Polen muß die SPD ihre Sicherheitspolitik heute formulieren und verwirklichen.

Die gegenwärtige sicherheitspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit ist weitgehend auf Fragen militärstrategischer Doktrinen und nuklearer Waffensysteme der beiden Großmächte beschränkt. Die Lage unserer eigenen Streitkräfte, der Bundeswehr, droht darüber in den Hintergrund zu rücken. Obwohl gerade im Hinblick auf die Höhe der Nuklearschwelle und die Glaubwürdigkeit der Abschreckung die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr von großer Bedeutung ist.

Die SPD hat auf die nichtmilitärischen Faktoren der Friedenssicherung großen Wert gelegt, zugleich aber die Verteidigungsfähigkeit als ein einstweilen notwendiges Mittel zur Kriegsverhütung und Mittel zur Sicherung der Selbstbestimmung betrachtet.

Die SPD hat deshalb den Streitkräften stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ihre Probleme mit besonderer Sorgfalt behandelt. Diese Tradition werden die Sozialdemokraten auch und gerade in der zur Zeit geführten Diskussion über den verlässlichsten Weg der Friedenssicherung fortsetzen.

II. Nach 1949 war die SPD diejenige gesellschaftliche Kraft, die aus ihrer politischen Tradition heraus in der Lage war, wesentliche Beiträge zur Einbindung der Streitkräfte in den demokratischen Staat in die Verfassungsentwicklung der Bundesrepublik einzubringen. Gegen Adenauers Vertragspolitik leistete die SPD Opposition, da die CDU-Regierung allzusehr über das ungelöste Problem der Wiedervereinigung hinwegging. Ungeachtet ihrer Oppositionsrolle haben Sozialdemokraten aus ihrer staatspolitischen Verantwortung heraus die Wehrverfassung und damit den Einbau der Bundeswehr in unsere demokratische Grundordnung entscheidend mitgestaltet.

Ziel war die Sicherung des Primats der politischen Führung und der Wirksamkeit parlamentarischer Kontrolle der Streitkräfte. Fritz Erler hat die Ergebnisse dieser Anstrengungen einmal auf den folgenden Nenner gebracht: "Die Grundgesetzänderungen des Jahres 1956 sind nicht einfach von der Opposition nur mit beschlossen, sondern weitgehend von ihr ange-

regt worden. Sie brachten den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zur Wahrung der Grundrechte und zur Mitwirkung an der parlamentarischen Kontrolle; sie gaben dem Verteidigungsausschuß des Bundestages weitgehende Rechte (als Untersuchungsausschuß tätig zu sein); sie schützten die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen vor unzumutbaren Benachteiligungen; sie verhindern den Mißbrauch der bewaffneten Macht in innenpolitischen Auseinandersetzungen und sichern durch zahlreiche andere Bestimmungen den demokratischen Staat und seine Bürger vor den Gefahren, die nun angesichts der Geschichte unseres Landes mit der bewaffneten Macht verbunden sind."

Kern des Konzepts für die innere Ordnung der Bundeswehr wurde das durch Wolf Graf von Baudissin entworfene Leitbild vom "Staatsbürger in Uniform". Dieses Leitbild verbindet den Soldaten der Bundeswehr mit dem demokratischen Rechtsstaat und bezieht die Verpflichtung zum tapferen Dienen auf Recht und Freiheit der Bundesrepublik Deutschland. Auch während des Wehrdienstes behält demzufolge der Bürger seine Rechte zur politischen Teilnahme; er wird als Staatsbürger Soldat. Das Konzept der Inneren Führung sollte und soll den täglichen Dienst dementsprechend gestalten.

Den Wehrdienst betrachten Sozialdemokraten damals wie heute als unabdingbar für gesicherte Verteidigungsfähigkeit und damit für Kriegsverhütung durch Abschreckung. Gleichwohl achten wir die Gewissensentscheidung für die Kriegsdienstverweigerung und sehen in Zivildienst einen wertvollen sozialen Dienst.

Die erste Aufbauphase der Bundeswehr vollzog sich unter konservativer Führung. Auf ihrem Karlsruher Parteitag 1964 stellte die SPD in einer EntschlieÙung "zur Lage der Bundeswehr" Mängel und Versäumnisse fest. In den Jahren der GroÙen Koalition formulierte die Partei ihre Vorschläge zur Nachbesserung und zur bis dahin unvollendeten Gründungskonzeption der Bundeswehr.

Sozialdemokratische Verteidigungsminister - Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel - haben die Streitkräfte seit 1969 gründlich modernisiert. Im Weißbuch der Bundesregierung aus dem Jahre 1970 wurde Innere Führung zum verbindlichen Führungskonzept erklärt, das zur Anwendung der Grundsätze moderner Menschenführung im militärischen Bereich verpflichtet: "Das Grundgesetz hat die Bundeswehr demokratisch fundiert. Es hat - ohne es ausdrücklich zu nennen - das Leitbild des 'Staatsbürgers in Uniform' verbindlich gemacht. Deswegen sind die Grundsätze der Inneren Führung keine 'Maske', die man ablegen könnte, sondern ein Wesenskern der Bundeswehr. Wer sie ablehnt, taugt nicht zum Vorgesetzten unserer Soldaten".

Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems der Bundeswehr verleiht der politischen Absicht Nachdruck und legt die notwendigen Grundlagen für die Ausbildung der Unteroffiziere und Offiziere.

III. Die Bundeswehr verfügt mehr als 25 Jahre nach ihrer Gründung über einen Bestand eigener Tradition, den es in den Streitkräften bewußt zu machen gilt. Die Benennung und Bewahrung bestimmter Traditionen dient in der Bundeswehr wie in anderen Gruppen und Organisationen der Gesellschaft der Verständigung über wertgebundene Normen.

Militärische Traditionen können ein Bewußtsein der Identität als Soldat und der Identifikation mit dem Verteidigungsauftrag schaffen. Traditionen sollen den Zusammenhalt in den Streitkräften fördern, das Selbstverständnis als "Soldat für den Frieden" und als "Staatsbürger in Uniform" verdeutlichen und zum Zusammenhalt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft beitragen.

Traditionsbildung, die dieser Zielsetzung gerecht werden will, erfordert die aktive Auseinandersetzung mit dem Überlieferungsbestand der Geschichte, ihren Licht- und Schattenseiten menschlicher Verhaltensweisen in historischen Situationen. Traditionsbildung ist ein Vorgang von politischer Bedeutung, bei dem es im wesentlichen um mehr als nur Brauchtum geht, und dessen Ergebnisse politisch zu verantworten sind.

Wir begrüßen die vom Bundesminister der Verteidigung begonnene Diskussion über die Tradition der Bundeswehr und das Selbstverständnis des Soldaten und erwarten, daß sie gründlich und sachlich fortgeführt wird. Alle politisch und gesellschaftlich maßgeblichen Gruppen sind aufgefordert, sich weiter an dieser Debatte zu beteiligen und die Bundeswehr in dieser Frage nicht sich selbst zu überlassen. Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie die Ergebnisse dieser öffentlichen Diskussion aufnimmt und politisch umsetzt.

Aus sozialdemokratischer Sicht müssen Traditionen der Bundeswehr einen eindeutigen Bezug zu den Werten unserer Demokratie haben. Verhaltensweisen, wie zum Beispiel Tapferkeit, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft oder Selbstlosigkeit werden nach unserer historischen Erfahrung nur in der Verbindung mit wertbestimmten Zielen zur überlieferungswürdigen Tradition.

Zum Traditionsbestand der Bundeswehr, der in ihrer eigenen Geschichte gewachsen ist, gehören heute besonders:

- Die Soldaten der Bundeswehr verstehen sich als Soldaten dieses Staates mit seiner demokratischen, republikanischen und rechtsstaatlichen politischen Ordnung.
- Die Soldaten der Bundeswehr stehen als "Staatsbürger in Uniform" nicht neben, sondern inmitten der bundesrepublikanischen Gesellschaft.
- Die Soldaten der Bundeswehr haben als "Soldaten für den Frieden" nie einen anderen Auftrag als den der Kriegsverhütung gehabt, und sie haben ihren Beitrag zur steten Erreichung dieses Zieles geleistet.
- Die Soldaten der Bundeswehr haben stets den Primat der politischen Führung und der parlamentarischen Kontrolle akzeptiert.
- Die Soldaten der Bundeswehr sind zugleich Soldaten der NATO und verstehen sich als Mitglieder eines Bündnisses.
- Die Soldaten der Gründergeneration der Bundeswehr haben sich kritisch mit der eigenen Geschichte auseinandergesetzt und so eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Bundeswehr - anders als die Reichswehr - nicht "Staat im Staate" wurde, sondern die Armee des Staates Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

Das Erscheinungsbild der Bundeswehr hat von diesen Traditionen Zeugnis abzulegen. Die Formen und Zeremonien der Streitkräfte sollen die Verpflichtung der Soldaten auf das Grundgesetz und damit den engen Bezug auf die Grundwerte unserer Demokratie zum Ausdruck bringen. Symbole, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind einer Überprüfung zu unterziehen. Den Eid leisten Berufs- und Zeitsoldaten wie andere Angehörige des öffentlichen Dienstes. Das feierliche Gelöbniß ist Ausdruck der Inpflichtnahme der wehrpflichtigen Bürger durch den demokratischen Staat.

Gelöbnißfeiern, die Angehörige der Soldaten und Bürger des Standortes einbeziehen, drücken den Geist der Verpflichtung aus als demonstrative Veranstaltungen mit äußerem Gepräge. Ziel muß es sein, durch die Form die Verpflichtung des Soldaten gegenüber der demokratischen Verfassung zu verdeutlichen.

Zugehörigkeits- und Traditionsbewußtsein entsteht jenseits aller Feiern vor allem im täglichen Dienst. Die militärischen Vorgesetzten und Ausbilder bleiben aufgefordert, in der Gestaltung des täglichen Dienstes das Leitbild vom "Staatsbürger in Uniform" zu realisieren und aus dem Alltag heraus Kontinuität entstehen zu lassen.

IV. Die Bundeswehr wird ebensowenig wie die Parteien und die Gesellschaft insgesamt in den kommenden Jahren immer vor eindeutigen Situationen und einfachen Lösungen stehen können. Die Probleme der Sicherheitspolitik sind Kernfragen unserer politischen Zukunft. Deshalb werden wir in unserem Lande, im Bündnis und auch zwischen den Bündnissen immer wieder um die Wege der Friedenssicherung ringen müssen. Jede gefundene Lösung wird wiederum fundamentalen Anfragen ausgesetzt sein.

Wir alle haben uns zu beteiligen an dem Versuch, die Dynamik technischer Entwicklungen zu beherrschen, das Wettrüsten zu beenden, Vertrauen zwischen Konfliktgegnern zu entwickeln, die noch verfügbaren Rohstoffe der Erde gerecht zu verteilen, sowie Hunger und Unterentwicklung auf unserer Erde zu überwinden.

Auch wenn das die Perspektive unseres politischen Handelns zu sein hat, so werden wir doch lernen müssen, vorerst mit dem Widerspruch der Abschreckung (Vernichtung anzu-

drohen, um Vernichtung zu verhindern) zu leben, bis eine bessere internationale Ordnung diesen Widerspruch aufhebt. Dieser Widerspruch darf nicht geleugnet werden; er ist vielmehr aufzuarbeiten und in die Diskussion um die Fortentwicklung der Sicherheitspolitik einzubringen, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir das Abschreckungsdilemma überwinden können.

Probleme der sicherheitspolitischen Konsensbildung in der Gesellschaft können nicht den Streitkräften angelastet werden. Die Bundeswehr darf deshalb nicht zum Sündenbock für eine durch Politiker und Medien nicht hinreichend verständlich gemachte Sicherheitspolitik werden.

Die Soldaten der Bundeswehr sollen sich auch künftig als Staatsbürger an der Diskussion um politische Grundfragen beteiligen und damit ihren Beitrag zur Einbindung in die demokratische Gesellschaft leisten. Dabei müssen sie akzeptieren, daß es in einer pluralistischen Gesellschaft unterschiedliche und kontroverse Einstellungen und Vorstellungen zur Sicherheitspolitik und zu den Streitkräften gibt. Soldaten sollten kritischen Einstellungen offen ohne Ängste begegnen und sich keinesfalls in einen Schmolliwinkel zurückziehen. Die Einbindung der Soldaten in die sich wandelnde Gesellschaft fordert ihnen immer auch die Bereitschaft zu kritischer Selbstprüfung ab.

Die SPD hat die Aufgabe, die Anfragen aus der Gesellschaft aufzunehmen, die Themen von morgen zu formulieren und aus dem Dialog heraus Handlungsmöglichkeiten zu politischen Willensäußerungen zu bündeln. Wir dürfen Anfragen nicht überhören und Dialogpartner nicht umgehen. Die Soldaten der Bundeswehr gehören zu diesen Partnern.

Die SPD entlastet die Soldaten einerseits von der in der Bundeswehr häufig empfundenen Aufgabe, Sicherheitspolitik allein erläutern zu müssen, sie fordert die Soldaten andererseits zur offenen Beteiligung am Dialog auf. Sie fordert alle Sozialdemokraten auf, die Soldaten der Bundeswehr stärker in die politische Arbeit unserer Partei auf allen Ebenen einzubeziehen.

(-/22.1.1982/hi/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

